

Danziger Zeitung.

Nr. 18679.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben - gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Neum 20 Pg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Hamburg, 1. Januar. Ein Generalstrike der Hauer und Trimmer ist heute ausgebrochen, obgleich die Hafenverhältnisse für den Strike im Augenblick sehr ungünstig liegen. Der Strike soll dauern bis sämtliche Heder den ihnen unterbreiteten neuen Lohntarif bereilligt hätten.

Die Neujahrsnacht ist hier ganz ruhig verlaufen dank den polizeilichseits getroffenen zweckentsprechenden Maßregeln.

Bonn, 1. Januar. Der Eisgang des Rheins hat sich zwischen Unkel und Remagen gefestigt, was seit 1843 nicht mehr vorgekommen ist.

Antwerpen, 1. Januar. Infolge des fortwährenden Frostes ist der Stand der Schelde so gefährlich geworden, daß der Loosenverein geschlossen hat, keine Loosen weiter zu entsenden. Größere Dampsboote, welche versucht haben, den Fluß hinaufzufahren, haben nach Usslingen zurückkehren müssen.

Der „Precuseur“ meldet, daß der Dampfer „Prinzessin Louise“ im Nieddelgat mit zerbrochener Schraube liegt.

Rom, 1. Januar. Der Gouverneur von Adwa, Majoscha, bittet in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten Crisp, dem Könige und der königlichen Familie seine Huldigung auszudrücken und dieselben zu versichern, daß die Wünsche des Königs Menelik einzig und allein dahin gingen, die Freundschaft zwischen Italien und Äthiopien zu erhalten und zu festigen.

Lissabon, 31. Dezember. Das vorläufige Nebeneinkommen zwischen Portugal und dem Congo-Staate betrifft der Lunda-Angelegenheit ist heute hier auf folgender Grundlage unterzeichnet worden: Die beiden beteiligten Parteien verhandeln mit einander; eventuell soll die Vermittelung des Papstes direct und der Schiedspruch einer befreundeten Macht in Anspruch genommen werden.

Lissabon, 1. Januar. Die Zeitung „Il Tempo“ meldet, der Marineminister habe bei dem gestern stattgefundenen Empfange von Offizieren der Expedition nach Mozambique erklärt, nichts lasse annehmen, daß die Beziehungen zu England aufhören würden, ebenso herzlich zu sein, wie bisher; er hoffe auch, daß es nicht notwendig sein werde, den Kampf mit den Agenten der südafrikanischen Compagnie fortzuführen. Da über der vereinbarte modus vivendi im Monat Mai d. J. seine Endschafft erreichte, so sei es nötig, für alles bereit zu sein.

Athen, 1. Januar. Der Finanzenminister hat der Kammer das Budget für 1891 vorgelegt. Die Einnahmen sind darin auf 96 971 000, die Ausgaben auf 99 258 000 Drachmen veranschlagt, so daß sich ein Deficit von 2 282 000 Drachmen ergibt. In die Ausgabenziffer sind diejenigen Beiträge eingerechnet, welche sich aus dem Stande des Mechelscoures bei Zahlung der Dimes für die öffentliche Schulden ergeben, ebenso die Kosten für die Beschaffung dreier neuer Panzerschiffe.

Petersburg, 1. Januar. In Wladivostok ist die Schiffahrt infolge des Frostes geschlossen worden.

Zanzibar, 1. Januar. Der Reichscommissar v. Wissmann hat den Auftrag erhalten, mit dem heutigen Tage die von dem Sultan abgetretene Küste im Namen des deutschen Kaisers in Besitz zu nehmen und die Reichsfahne aufzuhissen. Major v. Wissmann befindet sich in Folge dessen auf dem Festland.

Peking, 1. Januar. Prinz Chun, der Vater des Kaisers von China, ist gestorben.

New York, 31. Dezember. Die Anzahl der Fallisements in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1890 belief sich auf 10 907 gegen 10 882 im Jahre 1889. Die Passiva betrugen 189 Millionen Dollars gegen 148 Mill. Dollars im Jahre 1889. Dieses ist die größte Summe seit 1884, in welchem Jahre die Passiva den Betrag von 226 Millionen erreichten. Die Anzahl der Fallisements in Canada betrug im Jahre 1890 1847 mit 18 Millionen Dollars Passiva gegen 1777 mit 14 Millionen im Jahre 1889.

Politische Übersicht.

Danzig, 2. Januar. Aus der Raketenkiste von Friedrichsruh, als welche sich bekanntlich Fürst Bismarck selbst bezeichnet hat, sind wieder einmal ein paar kleine Explosions erfolgt. Die „Hamburger Nachrichten“, das Organ des früheren Reichskanzlers, bringen einen erschöpfend abermals aus dessen Feder herührenden Artikel über die Landgemeindeordnung, und zwar einen höchst merkwürdigen. Dieselbe vertheidigt zunächst wiederum den Gedanken der Ausübung des Abgeordnetenhauses und sagt in einer Weise, die zum Theil sehr plausibel erschien, wenn nur nicht Fürst Bismarck als Minister ganz anderen Maximen gehuldigt hätte, u. a. Folgendes:

Wir sind der Meinung, daß gerade in den Provinzen, um die es sich handelt, und gerade in der heutigen Zeit große Vorsicht zu beobachten ist, daß man sich möglichst gründlich darüber zu unterrichten suchen muß, ob, wenn das fällt accompli der Gesetzesänderung einmal vorliegt, man Zustimmung oder Verstimmung zu erwarten hat. Wir würden es, wenn wir eine Entscheidung zu treffen hätten, nicht unter der Würde der Regierung halten, daß sie, bevor eine solche Reform Gesetzeskraft erlangt, in der befehligen Bevölkerung selbst die Conde anlegt, oder, um scheinbarlich zu sprechen, das Fahrwasser genauer abholte, als bisher geschieht ist. Wir würden zu einer solchen Unterredung unzweckmäßig raten, als wir überzeugt sind, daß die Regierung erstrebte, nicht aus heit der ländlichen Bevölkerung, erstrebte, nicht aus Popularität - Bevölkerung, sondern aus Rechts- und Gewissensgründen.... Die zu befürchtende Unzufriedenheit verdient um so mehr Beachtung, als die Friedenheit verdient um so mehr Beachtung, als die Dörfgemeinden viel zahlreicher sind als die Gütsgemeinden, die unzufriedenen Bauern weit stärker vertreten.

sein würden als die unzufriedenen Gutsherren. Letztere freuen sich, wenn es sein muß, nach der Deche des Staates; der Bauer tut dies nicht, er wird erbittert.

Hierauf wird die Auflösung des Abgeordnetenhauses erst nach der zweiten Lesung empfohlen, wenn Aufklärung über die Tragweite der Neuerung verbreitet sei, und Bedauern darüber geäußert, daß „die Regierung dem Wunsche des Herrenhauses nicht entsprochen hat, die Verhandlungen über die Landgemeindeordnung dort zu beginnen“. Mit Bezug auf die Unzufriedenheit, die die Bauern ergreifen würde, wird dann noch gesagt:

Das Bedürfnis von Lokalbeamten von der schreibenden Classe ist längst nicht überall mehr mit Bequemlichkeit zu befriedigen. Der Mangel an solchen Kräften wird eine bisher ungeahnte Höhe erreichen mit der morgen bevorstehenden Ausführung des Alters- und Invaliditätsgegesetzes. Die Geschäfte der Dörfgemeinden werden zu einer Höhe geflektiert werden, der beim besten Willen nicht überall zu entsprechen ist. Endlich zu bedenken, daß die Neuerung coincidirt mit der angekündigten Invasion der Sozialdemokratie in die ländlichen Districte. Wenn irgend etwas dieser Invasion die Wege ebnen kann, so sind es Gesetze, die den Frieden auf dem Lande fördern, das bestehende erschüttern und Neubildungen gesunden und ungesunden Thür und Thor öffnen.

Mit Recht gibt das „Berl. Tagebl.“ in Anknüpfung hieran zu erwägen anheim, wie es wohl geworden wäre, wenn Fürst Bismarck solchen Anschauungen, wie sie hier wiedergegeben sind, schon als Staatsmann gehuldigt hätte, ehe er, „seinen Beruf verfehlend“, unter die Zeitungsschreiber ging. Vielleicht hätten wir dann das Invaliditätsgegesetz, dessen Schwierigkeiten für Fürst Bismarck — wie er jetzt gesteht — „ungeahnt“ waren, obgleich die Freisinnigen ihm dieselben deutlich genug vor Augen geführt haben, nicht bekommen. Die Erörterung über die Landgemeindeordnung, welche der „Hamb. Nachrichten“-Mann hier geliefert hat, ist die einschneidendste Kritik der Invaliditätsversicherung, welche doch der selbe Fürst Bismarck mit allen Mitteln durchgedrückt hat. Damals wollten die Freisinnigen, daß die Entscheidung erst getroffen werde, wenn das Volk sich über die Tragweite des Gesetzes klar geworden sei; aber Fürst Bismarck hat es anders gewollt, und jetzt haben wir — das Gesetz. „Dat Alauchnachen nachher nüht nichts“ — muß man in diesem Falle leider dem Fürsten zurufern.

Gleich in der nächsten Nummer der „Hamb. Nachr.“ findet sich dann ein weiterer Leitartikel über den Fürsten Bismarck und dessen Eingreifen in die Politik selbst. Die „Hamb. Nachr.“ bezeichnet es zunächst als „unwürdig“, alle der Presse unliebsamen Auslassungen der „Hamb. Nachr.“ dem Fürsten Bismarck zuzuschreiben, anstatt sie als Zeitungsartikel zu betrachten; wenn Bismarck als Privatmann seine Meinung äußere, gehe das keinen etwas an, auch wenn sich seine Ansichten mit denen der „H. Nachr.“ decken — ein Vorwurf, von dem wir uns übrigens frei wissen. Wer sollte es dem Fürsten Bismarck verdenken, als Staatsbürger seine Meinung zu äußern? Freilich haben dabei gerade seine glühendsten Befreier die Empfindung gehabt, daß es des Fürsten würdiger wäre, dies in einer anderen Weise, z. B. als Mitglied des Herrenhauses zu thun, als in anonymen Artikeln eines Hamburger Blattes. In dessen — jeder sorgt für sich, sein Ansehen und seinen Nachruhm, so gut er will und kann, und auch das kann dem früheren Reichskanzler nicht verwehrt werden.

Im weiteren Verlaufe des Artikels wird der „Befürchtung“ der „National-Ztg.“ entgegengestellt, daß Fürst Bismarck Aussicht habe oder beabsichtige, wieder ans Auer zu kommen. Wenn derselbe dies wirklich wollte, so werde er den üblichen Weg gehen, sich den leitenden Personen freundlich zu nähern. Bismarck habe die Neigung garnicht, das bekannte „le roi me reverra“ habe er nie gesprochen und er denkt nicht daran, „mit dem Kaiser wieder in amtliche Beziehungen zu treten“. Der Fürst hat demnach endgültig resigniert — und das wird wohl nur noch wenig Kreisen zur Enttäuschung oder Vertrübnis gereichen.

Sodann verwahrt das Hamburger Organ ihren protector noch gegen die Annahme, als ob der Fürst durch den ihm zu Theil gewordenen Tadel bestimmt worden wäre, keinen Interviewer mehr zu empfangen. Der Grund, daß dies in letzter Zeit nicht mehr geschehen, liege einfach in — geographischen Verhältnissen, da Varzin, wo der Fürst während der letzten Monate sein Domizil aufgeschlagen hatte, weit entlegener sei als Friedrichsruh und kein Berichterstatter den Wunsch geäußert habe, in Varzin empfangen zu werden. Obwohl die Herren Henri des Houy und Lwow, die Redacteure des „New-York Herald“ und „Frankfurter Journals“, der „Dresdener Nachrichten“ und wie sie alle heißen, die in Friedrichsruh empfangen wurden, zu Hause geblieben wären, wenn Fürst Bismarck schon damals in Varzin gewohnt hätte? Dazu aber sich kein Interviewer mehr angemeldet hat, aus welchen Gründen es auch sei, — diesem Mangel wird jedenfalls bald abgeholfen sein, denn es heißt am Schlusse des in Frage stehenden Artikels:

Ob nach der Rückkehr des Fürsten die „Nat.-Ztg.“ nicht erlebt, daß der Fürst in seine alten Güden zurückfällt, wollen wir nicht präjudizieren.

Das ist deutlich genug und einer freundlichen Einladung an strebsame Journalisten, nur getrost zu kommen, so ähnlich wie ein Ei dem andern. Man darf daher in nächster Zeit noch manchem interessanten Feuerstrahl aus der Friedrichsruher Raketenkiste entgegensehen!

Zur Frage der Schulreform.

Wie bereits an dieser Stelle gemeldet, war die Veröffentlichung der stenographischen Berichte über die Verhandlungen der Commission, betreffend die Reform des höheren Schulwesens, von vornherein beschlossen Sache. Die „M. 3.“ fügt nunmehr hinzu, daß die stenographischen Aufzeichnungen einer sehr genauen Durchsicht von berufener Seite unterzogen worden sind, daß indessen diese Durchsicht nur auf die formelle Wiedergabe der Verhandlungen gerichtet war. Was im übrigen bezüglich der Zusammensetzung des von dem Kaiser befohlenen engeren Ausschusses, welchem die Aufstellung eines Reformplanes obliegen würde, gemeldet worden, bedarf durchaus der Bestätigung. Wenn der Plan in etwa fünf Vierteljahren zur Ausführung gelangen soll, so ist es selbstverständlich, daß seine Aufstellung bezw. Prüfung ohne Zeitverlust in die Hand genommen werden muß. Inzwischen verlaute mit vollster Bestimmtheit, daß der Cultusminister bei der Beratung desjenigen Theiles seines Etats, welcher die höheren Schulen betrifft, dem Landtag sowohl über die Ergebnisse der angestellten Erhebungen, wie auch über den Fortgang der ganzen Frage eingehende Mittheilungen machen wird.

Zur Colonialpolitik.

In den Telegrammen unserer gestrigen Morgenauflage ist einer Auffassung der allgemeinöffischen Wiener „Politischen Correspondenz“ Erwähnung gethan, welche sich mit der deutsch-ostafrikanischen Colonialpolitik befaßt und u. a. auch die Stellung des Reichskanzlers zu derselben streift. Das Interessanteste in diesen Auslassungen aber hat das Wolff'sche Bureau nicht weitergegeben, weshalb wir dies hiermit nachtragen wollen. Der Artikel ist ein recht halter Wasserstrahl gegen die Colonial-Chauvinisten, indem er ausführt:

Es mag schon sein, daß der Reichskanzler kein Mann ist, dem Herzen unserer Colonialchwärmer ist. Er ist ein abgesagter Feind reicher Phantasien auf colonialischem wie auf jedem anderen Gebiete und hat dies schon in seiner Wirklichkeit als Chef der Admiralität bekundet. Angriffe gegen ihn sind aber ebenso unbegründet wie bedauerlich. Der Reichskanzler erfreut sich für seine Colonialpolitik der vollen Anerkennung und Billigung des Kaisers, und wohl niemand wird behaupten, daß der Monarch ein Gegner der colonialen Entwicklung sei oder sich von ängstlichen Gedanken lösen lässe. In diesen Tagen ist die Lage des deutschen Reichs in dem deutsch-ostafrikanischen Küstenstrich erneut aufgezogen worden zum Zeichen, daß im Namen des Kaisers von demselben feierlich Besitz ergriffen wird. So ist dieses weite Gebiet eine Kronkolonie geworden, die Bedeutendes verheißt, es ist die erste, wo sich die Eingeborenen nicht mehr durch die Zwischenstufe ihrer Häuptlinge, sondern direkt unter deutscher Oberhand befinden. Man sollte doch dieses Ereignis, das unserer kolonialen Entwicklung einen neuen festen Boden gibt, in der entsprechenden Weise würdigen. Die bisherige Schutztruppe wird kaiserlich und bildet so nächst der Marine und dem Gebataillon eine wirklich kaiserliche Truppe mit den entsprechenden Abzeichen, wenn sie sich auch nicht im Verbande des deutschen Reichs befindet. So erfreut sich das feste monarchische Gefüge des Reichs über den Ocean, und da ist allerdings kein Platz für das agitatorische Dreinamen unautoristischer und nicht verantwortlicher Personen und Organe, wie sie in Anklage an die Colonialgesellschaften vielfach aufgetreten sind.

Diese keiner Minderung ausgesetzte Abschüttung der „unautorisierten Personen“ von den Colonialgesellschaften, dieses wiederholte energische Betonen der Gegnerschaft Caprivi gegen die Colonialphantasien wird hoffentlich dazu beitragen, die heißen Köpfe der leichteren etwas abzukühlen, und ihrem ungestümen Vorwärtsdrängen Einhalt gebieten.

Was sodann den Conflict Wissmann-Emin anlangt, so tritt, je aufmerksamer man die dieser Tage im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Berichte Wissmanns und Stokes' liest, um so klarer die Thatsache hervor, daß in der That, wie das schon nach der Mitteilung des offiziellen Blattes vom 19. Dezr. vermutet wurde, die Meinungsschiede zwischen Wissmann und Stokes einerseits und Emin andererseits auf der verschiedensten Beurtheilung des Verhaltens zu den Arabern beruhen. Der Stein des Anstoßes ist zweifellos nicht sowohl die Flaggenhissung Emin's in Tabora, sondern der Vertrag Emin's mit den Arabern, den Stokes rückhaltslos ablehnt. Wissmann constatirt in seinem Bericht, daß Lieutenant Dr. Stuhlmann, der auf Befehl Emin's gegen das große Lager arabischer Sklavenjäger in Massanso vorging und diese in die Flucht schlug, dabei einen großen Theil Sklaven und Güter erbeutete, welche den Arabern in Tabora, mit denen Emin den Vertrag geschlossen hatte, gehört haben. Durch die Stuhlmannsche Expedition wurde also das Verhältniß zwischen den Deutschen und den Arabern wieder getrübt, so daß, wie Wissmann sich ausdrückt, der von Emin eingekreiste Wall das Prestige der deutschen Flagge nicht wahren konnte. Inwieweit das Verhalten des Mr. Stokes, der von dem Einvernehmen mit den Arabern nichts wissen wollte, die Araber veranlaßt hat, den Vertrag zu missachten, läßt sich aus den vorliegenden Berichten nicht ersehen. Vor allem mußte man doch den Inhalt des von Emin abgeschlossenen Vertrages kennen, und darüber werden wohl die in Aussicht gestellten Berichte Emin's Aufschluß geben.

Was sodann den Conflict Wissmann-Emin anlangt, so tritt, je aufmerksamer man die dieser Tage im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Berichte Wissmanns und Stokes' liest, um so klarer die Thatsache hervor, daß in der That, wie das schon nach der Mitteilung des offiziellen Blattes vom 19. Dezr. vermutet wurde, die Meinungsschiede zwischen Wissmann und Stokes einerseits und Emin andererseits auf der verschiedensten Beurtheilung des Verhaltens zu den Arabern beruhen. Der Stein des Anstoßes ist zweifellos nicht sowohl die Flaggenhissung Emin's in Tabora, sondern der Vertrag Emin's mit den Arabern, den Stokes rückhaltslos ablehnt. Wissmann constatirt in seinem Bericht, daß Lieutenant Dr. Stuhlmann, der auf Befehl Emin's gegen das große Lager arabischer Sklavenjäger in Massanso vorging und diese in die Flucht schlug, dabei einen großen Theil Sklaven und Güter erbeutete, welche den Arabern in Tabora, mit denen Emin den Vertrag geschlossen hatte, gehört haben. Durch die Stuhlmannsche Expedition wurde also das Verhältniß zwischen den Deutschen und den Arabern wieder getrübt, so daß, wie Wissmann sich ausdrückt, der von Emin eingekreiste Wall das Prestige der deutschen Flagge nicht wahren konnte. Inwieweit das Verhalten des Mr. Stokes, der von dem Einvernehmen mit den Arabern nichts wissen wollte, die Araber veranlaßt hat, den Vertrag zu missachten, läßt sich aus den vorliegenden Berichten nicht ersehen. Vor allem mußte man doch den Inhalt des von Emin abgeschlossenen Vertrages kennen, und darüber werden wohl die in Aussicht gestellten Berichte Emin's Aufschluß geben.

Rundgebung für die Simultanschule.

In einer am 29. Dezember in Wiesbaden abgehaltenen zahlreich besuchten Volksversammlung unter Vorsitz des Verwaltungsgerichtsdirectors v. Reichenau wurde eine Petition an das Abgeordnetenhaus für Erhaltung der nassauischen Simultanschule beschlossen. Die Petition soll im ganzen Lande zur Unterschrift circuliren und

sodann sämmtlichen nassauischen Abgeordneten zugehen. Die Petition, welche die Abgeg. Landgerichtsrath Wissmann und Prof. Grimm befürwortet, lautet: „Seit dem Jahre 1817 besteht in dem vormaligen Herzogthum Nassau die Simultanschule, welche die nassauische Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien und Confessionen mit ganzem Herzen anhängt. Erlangt der vorliegende Gesetzentwurf über die Volksschule und insbesondere § 15 derselben Gesetzeskraft, so ist damit die Simultanschule in ihrer Existenz bedroht. Das wäre ein verderblicher Rückslitt, welchen in Nassau niemand verstehen würde. Männer aller Parteien und Confessionen wollen hier, daß die Bürger derselben Vaterlandes schon auf der Schulbank, wie bisher, gegenseitige Dulding und Achtung lernen und in das bürgerliche Leben als unverlierbares Eigenthum mitnehmen, sie haben gesehen und erfahren, daß die confessionellen Gegenseite, welche schon so viel Unglück über unser Vaterland gebracht haben, unter der Herrschaft der Simultanschule an Schärfe verlieren, und sie hegen daher den innigen Wunsch, daß diese segensreiche Einrichtung dem Lande erhalten bleibe, zumal dadurch eine weitere Entfernung der deutschen Nation in ihrem katholischen und protestantischen Theil vermieden wird und den religiösen und kirchlichen Bedürfnissen vollauf genügt werden kann. Schon einmal, kurz nach der Annexion Nassaus, wurde der Versuch gemacht, dem nassauischen Volke seine bewährte Schule zu nehmen. Aber auf den dahin gerichteten Antrag des Bischofs von Limburg antwortete unserer großer, unvergleichlicher Kaiser und König Wilhelm I., an dieser seit langen Jahren in Nassau bestehenden gesetzlichen Einrichtung, welche viele Anhänger im Lande habe, dürfen nicht gerüttelt werden. Möge das hohe Haus eingedenkt dieses königlichen Wortes, dem Wunsch des nassauischen Volkes folgend, uns die Simultanschule erhalten!“ — ein Wunsch, der natürlich auch an anderen Orten, und nicht zuletzt in unserem Danzig, auf das lebhafteste geholt wird.

Politischer Neujahrsempfang beim ungarischen Ministerpräsidenten.

Der Graf Ludwig Iszta begrüßte, wie aus Pest gemeldet wird, gestern anlässlich des Jahreswechsels den Ministerpräsidenten Grafen Szapary im Namen der liberalen Partei. Szapary dankte der Partei für das ihm bewiesene Vertrauen und erklärte, die Regierung halte es für höchst wünschenswerth, daß der den Interessen beider Theile Rechnung tragende Handelsvertrag mit Deutschland zu Stande komme, welcher die Freundschaft und das politische Bündnis, in welchem Ungarn mit Deutschland lebe und in Zukunft leben wolle, nur inniger gestalten werde. (Lebhafte Zustimmung.) Der gute Wille seitens aller Factoren sei ein so aufrichtiger, daß volle Hoffnung für einen befriedigenden Abschluß des Vertrages vorhanden sei. Der Vertrag werde als Maßstab für die mit anderen Ländern, besonders den östlichen, zu schließenden Verträge dienen. Obgleich nämlich Serbien und Rumänien in der Rohproduktion gewissermaßen Ungarns Concurrenten seien, so herrsche doch eine derartige Gegenseitigkeit der Interessen mit denselben, daß es nicht auf Ungarn ankommen werde, auch freundschaftliche Handelsbeziehungen mit ihnen zu unterhalten. — Bezüglich der Kirchenpolitik erklärte Szapary, Ungarn sei der religiösen Intoleranz abgeneigt, und er hoffe, daß trotz der Mauvorwärtschaft subalterner Organe der geschildr. Patriotismus des hohen Clerus,

Prinzen und der Prinzessin von Wales. Fast alle überlieferten Vereine Englands sandten Glückwünsche. Der gerechte Staatsmann verlebte seinen Geburtstag im Kreise seiner Familie im besten Wohlbau und wohnte Nachmittags der feierlichen Enthüllung der schönen Erinnerungsäste bei, welche von den Einwohnern des Dorfes Hawarden zur Erinnerung an seine goldene Hochzeit errichtet worden ist.

In einem Artikel über Gladstones 81. Geburtstag erinnert die „Daily News“ daran, daß der gerechte Staatsmann in der Arena des öffentlichen Lebens eine längere Dienstzeit hinter sich habe als irgend einer seiner Vorgänger. Lord Palmerston starb 2 Tage vor seinem 81. Geburtstage. Lord Russell zog sich im Alter von 74 Jahren zurück, obwohl er noch 12 Jahre länger lebte. Lord Beaconsfield wurde durch das Ergebnis einer allgemeinen Parlamentswahl gezwungen zurückzutreten, ehe er 75 Jahre alt war, und im Frühling des folgenden Jahres starb er. Mr. Gladstone führt aber noch immer die Opposition im vollsten Besitz von Gesundheit und Kraft.

Bulgarischer Protest gegen russische Invasionen.

In einer Zuschrift aus Sofia, welche der „Polit. Correspond.“ von besonderer Seite zugeht, wird lebhaft gegen die Behauptung des Chefs der Petersburger politischen Polizei, Oberst Popov, gegenüber einem Mitarbeiter des Pariser „Eclair“, protestiert, nach welcher Padlewski nach Bulgarien geflüchtet sei und russische Mihilisten bei dem bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulow Hilfe und Schutz fönden. Sollte Padlewski in der That in Bulgarien landen, was bisher nicht der Fall sei, so würden ihn die bulgarischen Behörden zu schleuniger Umkehr anhalten. Weder edte noch mächtige Mihilisten würden unter Stambulows Geschäftsführung in die Lage kommen, russischen Plänen den Boden zu ebnen.

Neue Indianerkämpfe.

Ein Telegramm aus Omaha vom 31. Dezember meldet: Ein gestern im Lager der Unionstruppen eingetroffener Läufer hatte berichtet, die Indianer hätten die Mission am Clay Creek, in welcher sich mehrere Priester und Schwestern und eine große Anzahl Kinder befanden, umzingelt und in Brand gesetzt. Die Cavallerie der Unionstruppen, welche seit 4 Tagen fast nicht aus dem Sattel gekommen, sei darauf sofort zu Pferde gestiegen und unter Mitnahme von 2 Hotchkiss-Kanonen nach dem Clay Creek geeilt; dort sei es zum Gefecht gekommen. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten seien mehrere Männer der Unionstruppe gefallen, eine größere Anzahl derselben sei verwundet. Man glaube, daß die Häuptlinge mehrerer bisher bestreute Stämme, die auf die Nachricht vom Ausbruch der Feindseligkeiten mit einer großen Anzahl von Kriegern am Montag ihre Reservation verlassen hätten, die Ursache des Angriffs auf die Mission am Clay Creek und der gestern Nachmittag erfolgten Plünderung eines Munitionslagers der Unionstruppe seien.

Einem ausführlichen Bericht der „Post. Ztg.“ entnehmen wir noch folgende Einzelheiten über den Kampf am Rock Creek:

Der Kampf entspann sich, als die gesangnen genommene Bande des Häuptlings „Großfuß“ entwaffnet wurde.

Um 8 Uhr früh standen die Truppen in Bereitschaft.

Die Reiterei erhielt Befehl abzusiezen und das Indianerdorf wurde von Militär umgestellt. Hotchkissen waren aufgestellt und befehlschten das nicht 50 Yards entfernte Lager der Indianer. Hierauf forderte Dr. Forsyth die Ausrüster auf, aus dem Lager zu kommen, was dieselben auch thaten. In einem Halbkreis saßen sie sich nieder, bis sie gezählt worden waren. Sobald mußten 20 Indianer die Gewehre aus dem Lager holen; sie brachten aber nur zwei, worauf eine Abteilung Soldaten sich in das Dorf begab und dort 38 Gewehre fand. Plötzlich entstand eine Bewegung unter den Indianern, blitzechnig zogen sie Gewehre unter ihren Decken hervor und eröffneten ein mörderisches Feuer auf die nur 20 Fuß von ihnen entfernt stehenden Truppen. Diesejenigen Indianer, welche keine Gewehre hatten, stürzten sich, die Neule in der einen, das Scalpmesser in der anderen Hand, auf die Soldaten. Hauptmann Wallace wurde durch einen Scalpmesser getötet. Die Indianer hatten mindestens hundert Schüsse gethan, ehe die Truppen einen einzigen abgefeuert hatten; aber die Rothäute hatten nicht Zeit zu einer zweiten Salve, denn die Truppen begannen ein gräßliches Gemetzel. Die Indianer ließen in südlicher Richtung davon, verfolgt von der Reiterei, welche einen Hagel von Schüssen in sie hineinführte. Der Kampf wähnte 1½ Stunden. Viele Indianer flüchteten sich in eine Schlucht, aus welcher man sie schwer vertrieben konnte. Die Soldaten gaben schließlich keinen Pardon und die Verfolgung wurde lange fortgesetzt. Nach Einführung der Nacht war kaum ein einziges Mitglied der 150 Mann starken Indianerbande übrig geblieben.

Die neueste Nachricht vom Kriegsschauplatz, dattet Omaha, 31. Dez., lautet: Ein am Clay Creek eingetroffenes Cavallerie-Regiment fand die Schule brennend; das Missionsgebäude, welches sich in einer Entfernung von einigen hundert Schritten von der Schule befindet, war unverfehrt. Die Cavallerie wurde bei nahe umzingelt von den Indianern, deren Mehrzahl sich im Hinterhalt verborgen hielt, während etwa 300 bis 400 Mann die Aufmerksamkeit der Soldaten beschäftigten. In dem Augenblick, in dem die Einschließung fast vollständig war, traf ein weiteres Cavallerie-Regiment ein und zerstreute die Indianer, welche nach allen Richtungen flohen. Die Truppen kehrten in Folge der Ermündung langsam nach Niederlage zurück.

Erster preußischer Lehrertag.

Auf dem ersten preußischen Lehrertag in Magdeburg wurde am Dienstag über die Verträge in dem Schulvorstand verhandelt und ein Antrag des Ausschusses mit einem Zusahantrag von Grehler-Barmen einstimmig angenommen. Der Ausschusshandlung lautet, wie folgt: „1. Im Interesse der Schule wie im Interesse des Lehrerstandes muß der Lehrer voll berechtigtes Mitglied des Schulvorstandes bzw. des Schulausschusses sein. 2. In Schulbezirken, in welchen nur ein Lehrer beschäftigt ist, gehört dieser, in solchen, in denen zwei Lehrer angestellt sind, jedesmal der erste von Amts wegen in den Schulvorstand. 3. In Bezirken mit mehr Lehrern richtet sich die Zahl der Lehrer nach der Zahl der übrigen Schulvorstandsmitglieder. Die Berufung in den Schulvorstand erfolgt in diesen Bezirken durch die Wahl der in denselben beschäftigten Lehrer. 4. In Orten, in denen ein Rector oder Hauptlehrer angestellt ist, gehört dieser von Amts wegen in den Schulvorstand; doch muß in diesem Falle wenigstens noch ein Lehrer im Schulvorstande sein. 5. Wo mehrere Rectoren oder Hauptlehrer im Schulbezirk beschäftigt sind, wählen dieselben aus ihrer Mitte ihren Vertreter im Schulvorstande. 6. Wobei die Berufung eines Lehrers (Rectors) in den Schulvorstand durch Wahl erfolgt, geschieht dieselbe stets auf die Zeit von 6 Jahren und unterliegt keiner Bestätigung; auch kann der Lehrer (Rector) vor Ablauf der Wahlperiode aus dem Schulvorstande nur auf dem Disziplinarweg entfernt werden.“ Der Zusahantrag Grehler hat folgenden Wortlaut: „1. Die Organisation der Schulverwaltung, wie sie sich in den

Städten als Schulvorstand und Schuldeputation oder als Schuldeputation allein so segensreich bewährt hat, erfüllt durch das Gesetz keine Änderung. 2. Die Mitglieder des Schulvorstandes haben gleiche Pflichten und gleiche Rechte; den Vorsitzenden erwählt sie aus ihrer Mitte; die geistliche Lokal-Schulinspektion wird bestätigt.“

Ein Antrag, den Schulvorstand im Widerspruch mit dem Regierungsentwurf auf äußere Angelegenheiten der Volksküche zu beschränken, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auf Antrag des Lehrers Galler - Berlin wurde beschlossen: „1) Wir erbilligen in dem Entwurf den Festsatz der Gemeindebereiche eine zu große Beschränkung der großen Gemeinden. 2) Auch in denjenigen Gutsbezirken, in denen der Gutsbesitzer der alleinige Träger der Schullasten ist, muß ein Schulvorstand gebildet werden.“ Derjenige Theil der Resolution, welcher empfahl, kleinere Gemeinden zu größeren Schulverbänden zu vereinigen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Bei Erörterung der äußeren Verhältnisse der Lehrer wurde auf Antrag von Helmke-Magdeburg zu § 118 des Entwurfs folgendes einstimmig empfohlen: „Der niedere Bürgertum muß vom Schulamt getrennt und darf vom Lehrer auch nicht freiwillig übernommen werden.“ Bei der Frage über die Anstellung der Lehrer machten sich verschiedene Strömungen geltend auf Erweiterung und Beschränkung des Rechtes der Gemeinde. Schließlich wurde auf Antrag des Rectors Grehler (Barmen) beschlossen: den § 110 des Entwurfs bestehen zu lassen, dagegen den § 112 folgendermaßen zu fassen: „Die Vorläufige ist von der Schulaufsichtsbehörde bei ihrer Entscheidung über die Bezeichnung der Stelle zu berücksichtigen. Glaubt die Schulaufsichtsbehörde die Besetzung versagen zu müssen, so beginnt das Wahlgefecht von neuem.“ Im weiteren wurde zu § 120 des Entwurfs beschlossen: „Die Zahl der Pflichtstunden ist auf höchstens 30 festzulegen.“ — Auf Antrag des Altonaer Vereins wurde zu § 122 beschlossen: „Überstunden sind angemessen zu vertreten.“ Zu § 127 wurde beschlossen: Nach „Staatsbeamte“ ist einzuschalten: „Subalternbeamte erster Klasse“. Danach wurde also der § 127 lauten: „Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen erhalten bei Verschwendungen Umlaufkosten unter Annahme der für Staatsbeamte und Subalternbeamte erster Klasse bestehenden Vorschriften“ u. s. w.

Bei der Besprechung über das Diensteinkommen bekämpften sich verschiedene Richtungen. Die Delegierten aus Westpreußen beantragten, für alle ländlichen und städtischen Lehrer eines und desselben landschaftlichen Gaues das Gehalt nach einheitlichen Prinzipien gleichmäßig zu normieren. Es wurde dafür geltend gemacht, daß der Landeslehrer vielfach schwerer lebe als der Stadtlehrer. Rector Grehler (Barmen) warnte vor einer allgemeinen Gleichmacherei. Den großen städtischen Gemeinden, die bisher mit gutem Beispiel vorangegangen seien, müsse auch fernherin freie Hand gelassen werden. Es wurde endlich beschlossen: 1. „Es ist für die ganze Monarchie ein Grundgehalt gesetzlich zu bestimmen“, 2. dasselbe beträgt 1200 Mark und muß von der Schulaufsichtsbehörde den Dienstverhältnissen entsprechend erhöht werden. 3. Das Grundgehalt muß im Anfange an die für unmittelbare Staatsbeamte geltenden Tarifklassen erhöht werden. 4. Lehrer in den einklassigen Schulen sind mit den ersten Lehrern dreiklassiger Schulen in derselben Gegend gleichzustellen. 5. Für nicht fest angestellte Lehrer ist 75 Proc. des Grundgehalts festzuhören. 6. Höher dotierte Stellen sind durch diese Verhältnisse unangestossen. 7. Das Grundgehalt ist von 10 zu 10 Jahren einer Revision zu unterziehen. 8. Für höher als mit dem ortsüblichen Grundgehalte dotirte Stellen sind Beleidungen nach Analogie der Anstellung der Geistlichen anzuwenden.“

Bei § 130 des Entwurfs wurde beantragt, zu sagen: „Bei vereinigtem Schul- und Kirchenamt ist für die Lehrer das ortsübliche Grundgehalt festzustellen und das Einkommen aus dem Außenamt besonders in Ansatz zu bringen.“ — Gegen diesen Antrag wurde eingewendet, daß der Lehrer weder Kaiser noch Banier sein sollte. Andererseits wurde bemerkt, daß es doch nicht unklug sei, jedes Kirchenamt auszuschließen, und zwar um so weniger, wenn dem Lehrer dadurch eine besondere Einnahme erwacht. — Der oben erwähnte Antrag gelangte schließlich zur Annahme.

Im weiteren wurde beschlossen: „Die Alterszulagen beginnen spätestens mit dem 5. Dienstjahr und steigen längstens von 5 zu 5 Jahren. Nach mindestens 25 Dienstjahren muß das Dienstgehalt mindestens verdoppelt werden. Die Lehrer haben einen rechtmäßigen Anspruch auf die Gewährung der Alterszulagen. Die Verzägung unter der Voraussetzung unbedarfelter Leistungen kann nur auf dem Disziplinarweg erfolgen. Die Wehrschädigung muß der der Subalternbeamten entsprechend sein.“ Ferner wurde zu § 117 des Entwurfs beschlossen: „Die Versorgung der hinterbliebenen Volksschullehrer ist nach dem Gesetz vom 20. Mai 1882, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, zu ordnen, jedoch mit der Maßgabe, daß das Wittwoengeld mindestens 250 Mk. betrage.“

Im weiteren wurde beschlossen: „1. Es ist den Lehrern Kenntnis zu geben, ob auf Grund der Versäumnisklassen Strafantrag gestellt ist; 2. die Schulnoten für verläufte Schulunterricht sind auf 50 Proc. bis 1 Mk. festzustellen.“ — Ein Antrag, das siebente Lebensjahr als Anfangstermin für den Schulunterricht festzusezten, wurde abgelehnt. — Eine Reihe anderer Anträge wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Alsdann wurde der erste preußische Lehrertag mit den üblichen Dankesworten geschlossen.

Deutschland.

* Berlin, 1. Januar. Die Kaiserin Friedrich wird am Abend des 2. Januar mit der Prinzessin Margarethe von Aiel aus wieder in Berlin eintreffen. — Zum Gedanken des Todestages der Kaiserin Augusta werden die badischen Herrschaften am 6. Januar in Berlin eintreffen.

* [Vor einem Jahre] veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ an der Spitze seiner Nummer einen kaiserlichen Erlass an den Fürsten Bismarck, in welchem es u. a. hieß:

„Zum bevorstehenden Jahreswechsel sende ich Ihnen, lieber Fürst, meine herzlichsten und wärmsten Glückwünsche... und bitte Gott, er möge mir in meinen schwierigen und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rath noch viele Jahre erhalten.“

Wie wird der Einsiedler von Friedrichsruh über den Wechsel der Zeiten philosophiren, wenn er an diesem Neujahr sich jenes kaiserlichen Erlasses erinnert hat.

* [Schliemann] Der Magistrat von Berlin gedenkt in einem Befreiungsreden an Frau Dr. Schliemann seiner Trauer über den Tod ihres Gemahls, als eines Ehrenbürgers der Stadt, Ausdruck zu geben und an seinem Sarge einen Krantz niederlegen zu lassen.

* Eine Degustation aus der Domgemeinde überreichte Sonntag Stöcker eine in der Gemeinde gesammelte erhebliche Geldsumme als Stöckersistung, über deren Verwendung Stöcker bestimmt, daß die Jänsen des ihm überreichten Kapitals vorläufig, so lange er lebt, dazu dienen sollen, gedruckte Predigten in der Domgemeinde zu verteilen, die allsonntäglich als Druck des geschiedenen Hospredigers an die Glieder der Gemeinde herantreten sollen. Das sieht beinahe wie eine Antwort Stöckers auf seine Entlastung aus.

* [Zur Stichwahl in Bochum] plädiert die demokratische „Frank. Ztg.“ für den Anschluß der Demokraten, Freisinnigen und Sozialdemo-

katen an die Nationalliberalen, wegen der Stellung des Centrums zu den Agrarkräften. „So wird denn Datum dem Centrum verloren gehen durch die — Politik des Centrums, die sich mit dem alten Programm der Partei längst nicht mehr deckt“, sagt das Frankfurter Blatt.

* [Weitere Kämpfe in Bitu.] Die „Rat.“ bringt unter dem 7. Dezember aus Samu Berichte über weitere Kämpfe in Bitu. Danach haben ungefähr 400 Bitu-Soldaten die englische Missionstation am unteren Tana zerstört. Das Haus war erst vor zwei Jahren aufgebaut worden. Es war für Vertheidigungszwecke gebaut und für dortige Verhältnisse uneinnehmbar. Mr. Home aber verließ die Station auf die Nachricht von der Errichtung der Deutschen in Bitu. Darauf erhielt Mr. Thompson den Befehl, die Station zu besetzen. Als die Bituleute von diesem seinem Vorhaben Nachricht erhielten, kamen sie ihm zuvor und machten das Haus dem Erdoden gleich. Thompson verlor 2 oder 3 Mann.

* [Handelsvertrag mit Marokko.] Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Berlin zugehenden Meldung wird dem Reichstag noch im Laufe der gegenwärtigen Session eine Vorlage betreffend die Genehmigung des Handelsvertrages mit Marokko zugehen.

Großburg i. E., 31. Dezbr. Dem Vernehmen nach tritt der Landesausschuß von Elsass-Lothringen am 15. Januar zusammen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 31. Dezbr. Wie die „Presse“ meldet, ist heute das Eisencartell zwischen den österreichischen und ungarischen Werken auf drei Jahre erneuert worden, die Rima-Muranner-Gewerkschaft habe jedoch ein beträchtliches Quantum zu Gunsten der Eisenwerke der Staatseisenbahn-Gesellschaft abtreten müssen.

(W. Z.)

Wien, 31. Dez. [Die Antisemiten unter sich.] Der Herausgeber der antisemitischen „Wiener Tagespost“ Gopcevic war Anfang November wegen Majestätsbeleidigung auf Grund einer anonymen Denunciation verhaftet worden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der erste Redakteur des Angeklagten, Linhard, der Verfasser der Denunciation ist, der in derselben neben dem zweiten Redakteur Petermann als Zeuge der Majestätsbeleidigung bezeichnet war. Gopcevic bestreitet, daß ihm zur Schul gegebene Auflösung gethan zu haben, und bezeichnet die Denunciation als einen Akt der Rache. Inzwischen ist gegen den zweiten Redakteur noch eine Untersuchung wegen Erpressung eingeleitet. Der Kaiser hat jetzt die Einstellung des Verfahrens gegen Gopcevic verfügt, und dieser ist aus der Haft entlassen worden.

Frankreich.

Paris, 31. Dezember. Der hiesige Gemeinderat hatte in seiner gestrigen Sitzung abermals den für die Polizeipräfekturen geforderten Credit abgelehnt und ferner beschlossen, daß dem Gemeinderat das Verfügungrecht über gewisse Crediten ohne vorherige Genehmigung des Präfekten des Seine-Departements zugeschenkt werde. Der Minister des Innern Constance hat, wie der „Temps“ meldet, diese Beschlüsse als ungültig wieder aufgehoben.

Toulon, 31. Dezbr. Der ehemalige Marineminister, Admiral Aubé, ist gestorben. (W. Z.)

England.

Hull, 31. Dezbr. In einer schlechten Abend in dem Geschäftsraum Arthur Wilsons stattgefunden. Conferenz der Arbeitnehmer und der Vertreter der Streikenden kam eine Einigung zu Stande, nach welcher der Streik als befehligt anzusehen ist. Die Arbeit soll morgen wieder aufgenommen werden.

Gerbien.

Belgrad, 31. Dezbr. Der Minister des Innern teilte der Skupstchina die in befestigender Weise erfolgte Belagerung der Pristina-Kaserne (Ermordung des serbischen Consuls Marinkovich) mit. Die Skupstchina hat sich bis zum 16. Januar a. St. vertagt. — Die Bezirke Krajna und Mlava sind als verdeckt für den Bahnverkehr vollständig abgesperrt.

(W. Z.)

Rußland.

Petersburg, 1. Januar. Aus den östlichen Gouvernementen wird die nunmehr erfolgte Ausführung der seiner Zeit angeordneten Formierung der östlichen Schützenbataillone Nr. 5 und 10, sowie des östlichen Cossenbataillons Nr. 6 gemeldet. Das bisherige östliche Schützenbataillon Nr. 5 hat die Nummer 9 erhalten und die Lokaltruppencommandos im Pacificitorale sind aufgelöst worden. Die Maßnahmen bedeuten keine Erhöhung des Effectivstandes der Truppen in den östlichen Gouvernementen, sondern es handelt sich nur um eine Umformierung der bereits bestehenden Truppenkörper.

Deutschland.

* Der Kreuzer „Schwalbe“ (Commandant Corvetten-Capitän Rüdiger) ist am 30. Dezember in Janzib eingetroffen.

Das Schlüssengeschiff „Mige“ (Commandant Corvetten-Capitän Freiherr v. Moltzahn) ist am 30. Dezember in St. Vincent (Westindien) angekommen.

Danzig, 2. Januar.

Am 3. Januar: G.-A. 8.22, G.-U. 3.48; M.-A. Mittern. M. bei Tage. (Lebtes Wertel)

Weiterausichten für Sonnabend, 3. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig. Sonnabend. Frost, rauer Wind.

Für Sonntag, 4. Januar:

Frost, Nebel, bedeckt; Schnee, starker Wind.

Für Montag, 5. Januar:

Nebel, bewölkt; Schneefall; theils sonnig. Frost.

Für Dienstag, 6. Januar:

Theils neblig, wolkig, theils heiter; Frost.

* [Dr. Koch +] Am letzten Tage des verflossenen Jahres verschied in der Heilanstalt Schöneberg bei Berlin der hiesige Arzt Dr. Rudolf Koch in dem frühen Alter von 42 Jahren. Der Verstorbenen, in Ostpreußen geboren, kam in den ersten 1870er Jahren als junger Arzt nach Danzig und gewann hier durch seine persönliche Tüchtigkeit und Rücksicht nicht nur in seinem Berufe einen bedeutenden Wirkungskreis, sondern stand auch unter den Streitern für öffentliche Interessen gar bald im Vordergrund.

auf manche Wiederholung hat. — Am nächsten Dienstag findet zum Venedig für Tr. Schmid die erste Aufführung von Daudets Drama „Tromont jun. und Mäler sen.“ statt. Der Roman, der den selben Titel führt, ist der beste Daudet, und der Verfasser selbst hat ihn dramatisiert. Das Interesse für die Bühnenneugier wird sich also hier voraussichtlich mit dem für die sehr beliebte und verdiente Künstler vereinigen, um die Vorstellung zu einer ganz besuchten zu machen.

„Giovanni Merelli.“ Ein größerer Kontrast als zwischen dem gestern Abend im Apollotheater aufgetretenen Herrn Merelli und seinem Vorgänger Ben Ali Bey ließ sich kaum denken. Während bei letzterem eine glänzend ausgestattete Bühneneinrichtung das Auge des Zuschauers blendete, präsentierte sich Herr Merelli auf einem freistehenden, nach allen Seiten offenen Raum, der von zahlreichen Kerzen hell erleuchtet war. In demselben war außer den Marionetten, die der Künstler bei seiner Vorstellung als Bauchredner benutzte, fast gar kein Apparat zu sehen. Um so mehr trat die große Gewandtheit, mit der Herr Merelli seine Kunstdarstellungen ausführte, zur Geltung. Wenn er auch im großen und ganzen das zeigte, was andere Künstler desselben Faches vorzuhängen pflegten, so verstand er es doch, den allbekannten Piecen neue Züge beizubringen, so daß das Publikum immer wieder überrascht wurde und reichen Beifall spendete. Recht interessant waren seine spirituellen Productionen, die recht deutlich bewiesen, wie leicht ein geschickter Tafelspieler eine andächtige Schaar täuschen kann. Auch als Bauchredner leistete Herr Merelli tüchtiges und errang vielen Beifall.

* [Innungs-Ausschub.] In der letzten zahlreich besuchten Versammlung der Vertreter der hiesigen Gesellenbruderschaften hielt der Vorsitzende des Innungs-Ausschusses, Zimmermeister Herzog, einen Vortrag über die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer aus dem Unfall-Versicherungsgesetz und über die Unfall-Verhütungsvorschriften. Hieran schloß sich eine lebhafte Discussion über Fragen aus dem Gebiete der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung. Demnächst erfolgte die Verabschiedung und Beschlussfassung über den auf Sonnabend, 3. Januar, festgesetzten Umzug und die Fahnenweihe des Reichsläger-Gewerkes. An dem Festzug werden sich außer den Mitgliedern des Reichsläger-Gewerkes auch noch Deputationen anderer hiesiger Gewerkschaften, und zwar mit ihren Fahnen und Emblemen, beteiligen. — Der Festzug wird Nachmittags um 1 Uhr vom Reichsläger-Herbergsskate, Anspal, beginnen, sich über Langgarten durch die Milchkanngasse, Röpergasse, Hundegasse, Kürschnergasse und folgende Querstraßen durch die Breitgasse über den 2. Dammt nach der Tischergasse, Schlossgasse, nach Niedere Seiden und Schüsseldammt, über Pfeifersstadt und den Holzmarkt nach dem Stabilisement Höcherl-Brau auf Neugarten bewegen. An den Herbergsskaten der sämtlichen beteiligten Gewerkschaften wird Halt gemacht werden, um die Deputationen in den Zug mit aufzunehmen. Im Stabilisement Höcherl-Brau findet um 4 Uhr die Fahnenweihe statt, welche Herr Stadtrath Witting vollzieht.

* [Ortsverein der Tischler.] Am Sylvesterabend feierte im Saal Selenke an Oliven Thor der Ortsverein der Tischler sein 22. Stiftungsfest, zu welchem sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen recht zahlreich eingefunden hatten. Nach der Begrüßung der Anwesenden und dem Vortrag einiger Redner erstaute der Sekretär Herr Prigan den Geschäftsbereich, welcher ein langsamem Wachsen des Vereins, der gegenwärtig 144 Mitglieder zählt, feststellt. Leider ist der Verein durch die Unterstellungen seines früheren Kassiers, über welche s. d. berichtet haben, schwer geschädigt worden, was in dem von Hrn. Gurginski erstatteten Berichtsberichte zum Ausdruck kam. Die Vereinskasse hatte bei einer Einnahme von 934 Mk. eine Ausgabe von 883 Mk., die eingeschriebene Hilfskasse schließt mit einem Bestande von 295 Mk. ab. Nachdem nun ein Prolog vorgetragen worden war, hielt Herr Ehlers eine kurze Ansrede, welche nach einer einleitenden

grundsätzlichen Betrachtung das Wesen und die Grundsätze der deutschen Gewerksvereine beleuchtete. An diese ernste Feier schloß sich ein geselliges Zusammensein.

* [Untug.] Am Sylvester-Abend ging der Schulknabe Franz B. in Gemeinschaft mit seinem Bruder Johann und dem Arbeiter Eugen B. in den Stall des Fuhrmachers Hermann St. in der Rummelgasse und schnitt dort 4 Pferde die Schwiele bis zur Rübe ab. Der Knabe Franz B. wurde verhaftet.

* [Diebstahl.] Heute Morgen 7 Uhr kam der Kellner Eduard W. in die Waschküche am Peterschagener Thor, stellte dort einige Fragen und stahl dabei eine Taschenuhr. Der Diebstahl wurde sofort bemerkt und W. verhaftet.

[Polizeibericht vom 1. und 2. Januar.] Verhaftet: 30 Personen, darunter 4 Arbeiter, 1 Frau, 1 Kellner wegen Diebstahls, 1 Junge, 1 Arbeiter wegen Sachbeschädigung, 2 Arbeiter wegen groben Unsugs, neun Obdachlose, 5 Bettler, 1 Betrunkener. — Gestohlen: 2 Korbstühle, enthalten 10 Liter Branntwein.

k. Dirschau, 1. Januar. Die hiesige Ceres-Zuckerfabrik hat in verschlossener Nacht ihre leichten Campanie beendet. Dieselbe begann am 23. September und es wurden in diesem Zeitraum in 181/2 Arbeitsschichten 585 840 Cr. Rüben verarbeitet (gegen das Vorjahr 133 000 Cr. mehr). Die Verarbeitung ging bis etwa Mitte der Campanie stott vorwärts, in der zweiten Hälfte verursachte der anhaltende, zum Theil sehr starke Frost mancherlei Schwierigkeiten, so daß die durchschnittliche Verarbeitung pro Schicht 2117,5 Cr., gleich 235 Cr. pro Arbeitsstag beträgt (gegen das Vorjahr 85 Centner weniger). Obiges Rübenquantum war auf einer Fläche von circa 3600 Morgen gebaut worden, mithin ergab der Ernteeffekt ca. 157 Cr. per preuß. Morgen im Durchschnitt (gegen 155 Centner im Vorjahr), dagegen war die Qualität der Rüben eine etwas geringere.

Bermischte Nachrichten.

Nördl., 31. Dezember. Das Rheinels hat sich nun mehr auch bei Becken im Kreise Cleve gestellt. (W. L.) Helgoland, 31. Dez. Die Postverbindung mit Cuxhaven ist Eises halber eingestellt. (W. L.)

Schiffs-Nachrichten.

* Danzig, 2. Jan. Das hiesige Schiff „Bera“ (Capt. Vanelow) ist am 31. Dez. von Wilmington (Nordamerika) nach Hull geflossen, das hiesige Schiff „Fortune“ (Capt. Machowski) am 31. Dez. in Barbados eingetroffen und „Otto Linck“ (Capt. Pätsch) wegen Sturmes für Nothafen in Leith eingelaufen.

Bremen, 31. Dez. Ein gestern Nachmittag eingetroffenes Telegramm aus Nordernen an den hiesigen Vorstand der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet Folgendes: „Das Rettungsboot von Nordernen mit 10 Mann ist bei dem Rettungsversuch für das im Eis steckende Fährschiff der Nordernen in großer Gefahr geraten. Das Fährschiff mit 25 Personen und das Rettungsboot sitzen fest. Die Rettungsmannschaft ist in Gefahr zu erfrieren. Dringende Hilfe durch Dampfer aus Bremen wird erbeten.“ Darauf hin wurde von hier der Lloyd-dampfer „Boreas“ und „Krafft“ zu Hilfe gefordert.

Nordernen, 31. Dezember. (Tel.) Die Mannschaft des in Eis feststehenden Rettungsbootes der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wurde durch den Dampfer „Stadt Nordern“ gerettet. Die Mannschaft war dem Erfrieren nahe. Die Passagiere des Fährschiffes wurden über Bretter auf dem Dampfer „Stadt Nordern“ geborgen. Der Lloyd-dampfer „Dorwärts“ traf zur rechten Zeit ein, um die Passagiere zu übernehmen und das Fährschiff durch das Eis in den Hafen zu führen.

London, 31. Dezember. Der portugiesische Dampfer „Lustiana“ scheiterte bei Sagres (Portugal); der

englische Dampfer „Terndale“ ist bei Lopez an der westfälischen Küste gänzlich ausgebrannt. Alle an Bord befindlichen Personen wurden gerettet.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Bosum, 2. Jan. (W. L.) In der Zeche „Heinrich Gustav“ fand eine Explosion schlagender Wecker statt. Bisher sind 2 Tote und 9 Verwundete gefunden.

Wien, 2. Januar. (Privatetelegramm.) Im Grau-Köslacher Revier ist ein neuer großer Bergarbeiterstrike in Dorfbereitung.

Trient, 2. Januar. (Privatetelegramm.) Ein italienischer Offizier hat gestern beim Kirchgang eine den besten Kreisen angehörige Dame und dann sich selbst erschossen.

Rom, 2. Januar. (Privatetelegramm.) Für die Bewaffnung der Territorialmilitz wird ein Credit von 11 Millionen gesordert.

Petersburg, 2. Januar. (Privatetelegramm.) Russland übernimmt mit Zustimmung des Emirs von Bokhara die Organisation der bokharischen Streitkräfte.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 2. Januar.

Grau. 31. Cr. v. 31.

Weizen, gelb	186.00	Ung. 4% Gd.	91.80	21.80
Januar	—	2-D. Orient-A.	77.10	76.80
April-Mai	192.75	4% russ. A.	97.00	96.90
Rosgen	—	Londonb.	66.60	60.90
Januar	174.25	Frankf.	101.75	110.00
April-Mai	170.00	Cred.-Aktion	176.60	172.70
Petroleum	—	Dres.-Com.	217.90	213.40
per 200 fls	23.80	Dentif. Bk.	164.50	155.40
loc. . . .	—	Laurab. Bk.	141.00	138.00
Rübel	58.20	Delft. Noten	179.30	178.60
Januar	58.50	Ruhr. Noten	237.30	237.80
Spiritus	—	Wartch. kurz	237.10	237.90
Jan.-Febr.	46.80	London kurz	—	20.35
April-Mai	47.30	Londonb.	—	20.15
4% Reichs-A.	106.20	Russl. 5%	83.80	82.60
3% do.	98.10	D. B. B. G. A.	—	—
3% do.	87.10	Dans. Priv.	—	—
4% Contols	105.50	Bank.	—	140.50
3/2% do.	98.20	D. Delmühle	133.50	120.00
3% do.	87.10	do. Prior.	123.00	123.00
3/2% do.	96.50	Danz. G. B.	109.00	109.00
do. neue . .	96.50	do. G. A.	61.50	56.00
3% Ital. G. B.	—	Stamm.-A.	89.10	84.00
4% rm. G. B.	86.20	Danz. G. A.	—	—
5% Anat. G. B.	88.70	Irish. 5% A. A.	89.40	89.00
		Fondsbörse: ermäßigt.		
		Frankf., Credit-Action, Dis. Comm., Deutsche Bank incl. Coupon.		

Wien, 2. Januar.

Cr. v. 31.

Weizen, gelb	186.00	Ung. 4% Gd.	91.80	21.80
Januar	—	2-D. Orient-A.	77.10	76.80
April-Mai	192.75	4% russ. A.	97.00	96.90
Rosgen	—	Londonb.	66.60	60.90
Januar	174.25	Frankf.	101.75	110.00
April-Mai	170.00	Cred.-Aktion	176.60	172.70
Petroleum	—	Dres.-Com.	217.90	213.40
per 200 fls	23.80	Dentif. Bk.	164.50	155.40
loc. . . .	—	Laurab. Bk.	141.00	138.00
Rübel	58.20	Delft. Noten	179.30	178.60
Januar	58.50	Ruhr. Noten	237.30	237.80
Spiritus	—	Wartch. kurz	237.10	237.90
Jan.-Febr.	46.80	London kurz	—	20.35
April-Mai	47.30	Londonb.	—	20.15
4% Reichs-A.	106.20	Russl. 5%	83.80	82.60
3% do.	98.10	D. B. B. G. A.	—	—
3% do.	87.10	Dans. Priv.	—	—
4% Contols	105.50	Bank.	—	140.50
3/2% do.	98.20	D. Delmühle	133.50	120.00
3% do.	87.10	do. Prior.	123.00	123.00
3/2% do.	96.50	Danz. G. B.	109.00	109.00
do. neue . .	96.50	do. G. A.	61.50	56.00
3% Ital. G. B.	—	Stamm.-A.	89.10	84.00
4% rm. G. B.	86.20	Danz. G. A.	—	—
5% Anat. G. B.	88.70	Irish. 5% A. A.	89.40	89.00
		Fondsbörse: ermäßigt.		
		Frankf., Credit-Action, Dis. Comm., Deutsche Bank incl. Coupon.		

Wien, 2. Januar.

Cr. v. 31.

Weizen, gelb	186.00	Ung. 4% Gd.	91.80	21.80
Januar	—	2-D. Orient-A.	77.10	76.80
April-Mai	192.75	4% russ. A.	97.00	96.90
Rosgen	—	Londonb.	66.60	60.90
Januar	174.25	Frankf.	101.75	110.00
April-Mai	170.00	Cred.-Aktion	176.60	172.70
Petroleum	—	Dres.-Com.	217.90	213.40
per 200 fls	23.80	Dentif. Bk.	164.50	155.40
loc. . . .	—	Laurab. Bk.	141.00	138.00
Rübel	58.20	Delft. Noten	179.30	178.60
Januar	58.50	Ruhr. Noten	237.30	237.80
Spiritus	—	Wartch. kurz		

